

# Helmut Creutz: Der Hintergrund des Wachstumszwangs

1

Auf der Erde gibt es für alle Wachstumsvorgänge zwei entscheidende Grundregeln:

1. Jede natürliche und gesund verlaufende Entwicklung kennt eine optimale kritische Grenze, auf die sie mit nachlassenden Schritten zuwächst.
2. Jeder wachsende und ausgewachsene Organismus bleibt nur stabil, wenn sich alle seine Teile mit ihrer Entfaltung am Ganzen orientieren.

Die Missachtung dieser beiden Regeln ist für jeden Organismus mit zunehmenden Komplikationen und Krisen verbunden, die schließlich zu seinem Zusammenbruch führen müssen. Dies gilt nicht nur für biologische Organismen, sondern auch für alle wirtschaftlichen, die – in Natur und Umwelt eingebunden – ebenfalls den natürlichen Gesetzmäßigkeiten und Rückkoppelungsprozessen unterliegen.

Untersucht man daraufhin die langfristigen Entwicklungen in unserer Volkswirtschaft, dann muss man eine eklatante Verletzung beider Regeln feststellen. Unsere volkswirtschaftliche Leistungsentwicklung lässt kaum eine nachlassende Tendenz erkennen, schon gar nicht eine Stabilisierung auf einer bestimmten optimalen Höhe. In inflationsbereinigten Größen zeichnet sich vielmehr eine fast lineare Zunahme der Wirtschaftsleistung ab, wie aus der Grafik (0.1) hervorgeht. Dass heißt, der überproportionale Anstieg der Nachkriegsjahre, bedingt durch Zerstörung und Nachholbedarf, wurde auch in den nachfolgenden Jahrzehnten ständig beibehalten, trotz der sich seit langem abzeichnenden Sättigungstendenzen.

Zwar lässt die prozentuale Wachstumsrate, die seit den 50er Jahren von 7-8 % auf heute etwa 2 % gesunken ist, einen Rückgang der Leistungssteigerungen vermuten. In Gütermengen gemessen, bedeuten jedoch 2 %

Wachstum heute soviel wie 7 % im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Das heißt, der reale Leistungszuwachs ist über alle Jahre relativ konstant geblieben. Dass eine| solche langfristige Zunahme auf einer begrenzten Erde letztlich unreal ist und zu Problemen führen muss, bedarf sicher keiner näheren Erklärung. Die Folgen der Missachtung der ersten obigen Regel werden uns in und von der Natur täglich deutlicher präsentiert.

Entspricht dafür die Entwicklung unserer Wirtschaft wenigstens der zweiten angeführten Regel? Nun, darüber gibt Tabelle 1 Aufschluss, in der die Entwicklung der wesentlichsten volkswirtschaftlichen Einzelgrößen (in Mrd. DM) wiedergegeben sind:

#### Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen 1950-1985

	1950	1985	Anstieg 1950-1985
Bruttosozialprodukt	99	1.845	× 19
Volkseinkommen	79	1.421	× 18
Verfügbares Einkommen	65	1.192	× 17
Bruttolöhne und -gehälter	40	826	× 21
Nettolöhne und -gehälter	32	565	× 16
Steuereinnahmen	21	437	× 21

Wie erkennbar, sind alle diese Leistungs- und Einkommensgrößen etwa im Gleichschritt mit der volkswirtschaftlichen Schlüsselgröße, dem Bruttosozialprodukt angestiegen, wenn auch mit gewissen Schwankungen nach oben und unten. Allerdings liegt bei den Einkommen der Lohnempfänger insofern eine Täuschung vor, als deren Zahl in der herangezogenen 35 Jahren überproportional angestiegen ist. Vergleicht man das Pro-Kopf-Arbeitseinkommen, ergibt sich ein ganz anderes Bild (Tabelle 2):

#### Pro-Kopf Jahreseinkommen im Vergleich

	1950	1985	Anstieg
Jahresbruttolohn pro Kopf (in DM)	2.918	35.844	× 12
Jahresnettolohn pro Kopf	2.551	24.061	× 9

Die Pro-Kopf-Lohneinkommen sind also netto nur halb so stark angestiegen wie die volkswirtschaftliche Leistung! Da jedoch in einer Wirtschaft keine Mark verschwindet und der leichte Anstieg der Steuereinnahmen keine ausreichende Erklärung für den relativen Rückgang der

Arbeitseinkommen sein kann, müssen an anderen Stellen umso höhere Zuwachsgrößen angefallen sein. Der Verdacht liegt nahe, dass hier die Unternehmer- und Vermögenseinkommen wohl entsprechend stärker angestiegen sein müssen. Zieht man jedoch die offizielle Statistik dafür heran, ergeben sich folgende Größen (Tabelle 3):

#### Bruttoeinkommen Selbstständige, Pro Kopf-Einkommen Selbständiger

	1950	1985	Anstieg
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (in Mrd. DM)	32,8	430	× 13
Pro-Kopf-Einkommen Selbständiger	10.108	178.000	× 18

Auch die Einkommensentwicklung der Selbständigen und aus der Unternehmertätigkeit zeigt also keinen überproportionalen Anstieg gegenüber dem Bruttosozialprodukt. Eine Erklärung für die Halbierung der Nettolöhne gegenüber dem Leistungsanstieg findet man jedoch, wenn man die monetären Schlüsselgrößen in den Vergleich einbezieht (Tabelle 4): |

3

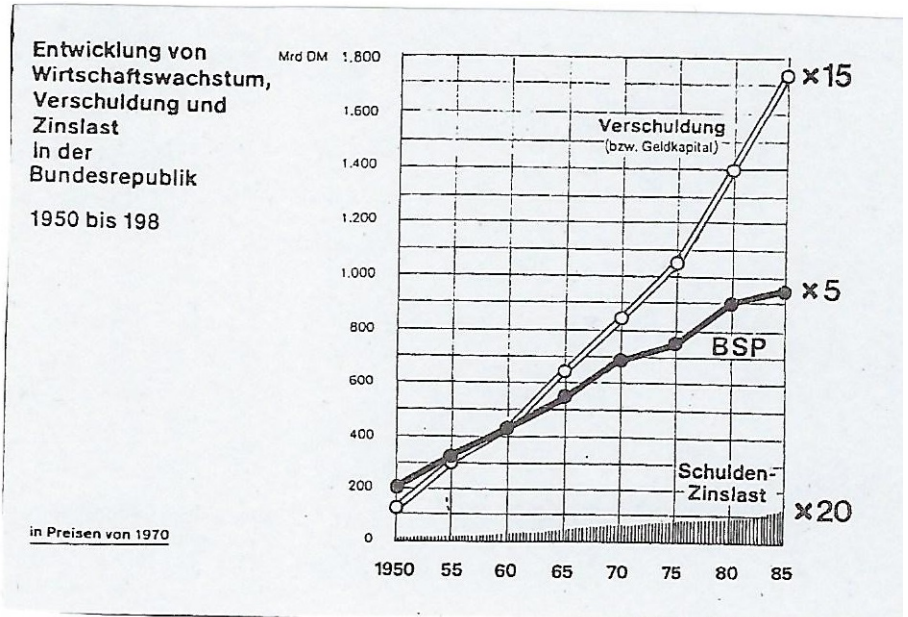
#### Gesamtvermögen, Gesamtverschuldung, Zinslast

	1950	1985	Anstieg
Gesamte Geldvermögen (in Mrd. DM)	60	3.351	× 56
Gesamte Verschuldung	66	3.298	× 50
Zinsleistungen	3	214	× 71

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, sind die Geldvermögen in der Bundesrepublik und die Gesamtverschuldung unserer Volkswirtschaft im Inland fast drei mal rascher angestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung, die Zinsströme aufgrund des langfristigen Zinssatzanstiegs sogar fast viermal so rasch.

Diese Diskrepanz, die in eklatanter Weise die zweite Wachstumsregel verletzt, geht auch aus der Grafik (0.1) hervor: Inflationsbereinigt ist die Leistung in den letzten 35 Jahren auf das Fünffache angestiegen, die Verschuldung auf das 15-fache und die Zinsleistungen auf das 20-fache.

Abbildung 0.1: Entwicklung der Verschuldung, des BSP und der Zinslast



Dass mit dieser zunehmenden Umschichtung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz eine soziale Zeitbombe immer lauter tickt, dürfte nachvollziehbar sein. Was aber hat diese Verschiebung mit der Umwelt, mit ökologischen Fragen zu tun?

Wenn wir uns noch einmal die Grafik und die dort sichtbare Scherenöffnung zwischen der Leistung und der Verschuldung ansehen, dann wird erkennbar, dass sich die Zinslasten mindestens so rasch wie die Schulden entwickeln müssen, bei steigenden Zinssätzen sogar noch schneller.

Das heißt, die Zinslasten, bzw. die dahinter stehenden Zinsansprüche verlangen einen ständig steigenden Anteil des Sozialproduktes. Konkret: den Werteschaffenden verbleibt ein relativ immer kleinerer Teil. Diese prekäre Einkommensverschiebung, die rasch zu sozialen Spannungen führen muss, kann nur durch ständiges Wirtschaftswachstum verhindert werden.

Der ständige Wachstumsdruck geht jedoch nicht nur von den Politikern aus, die Verarmungsentwicklungen, wie sie sich in Lateinamerika,

Polen oder Jugoslawien deutlich zeigen, vermeiden wollen, sondern zusätzlich von der monetären Seite: Für die Besitzer von Geldvermögen ist ein ständiges Wachstum erforderlich, damit sie die oft explodierenden Geldvermögen immer wieder zins- und gewinnbringend einsetzen können. Noch größer ist der Wachstumsdruck, der von der Schuldnerseite ausgeht. Denn alle Schuldner, deren Verpflichtungen (im Gleichschritt mit den Geldvermögen) im Durchschnitt fast dreimal rascher als Leistungs- und Einkommensgrößen wachsen, haben nur die Alternative, mehr zu leisten oder den Gürtel enger zu schnallen. Da Letzteres niemand gerne tut, versuchen alle das Erstere. Zu welchen Überlebenskämpfen dies am Ende führt, können wir seit einigen Jahren in vielen überschuldeten Entwicklungsländern verfolgen, die nicht nur ihre Ressourcen zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt werfen, sondern auch den letzten Baum abschlagen, nur um noch ein paar Dollar mehr für den Zinsendienst hereinzuholen. |

4

Ursache der Verletzung der ersten Wachstumsregel, die eine nachlassende und sich schließlich auf optimaler Höhe stabilisierende Entwicklung verlangt, ist also die Auseinanderentwicklung volkswirtschaftlicher Einzelgrößen und damit die Verletzung der zweiten Wachstumsregel. Die Ursache der Auseinanderentwicklungen in unserem volkswirtschaftlichen Organismus wiederum ist das Überwachstum der Geldvermögen, die in Form von Krediten in die Wirtschaft zurückgeführt werden müssen und sich durch die Schuldenzinsrückflüsse immer schneller vermehren.

Zu bremsen ist diese Negativentwicklung nur durch einen Zins, der sich den rückläufigen Größen der Unternehmervergewinne und der Leistungszuwachsraten anpasst, also sinkt. Wäre das der Fall, würden sich die Zuwachsraten in jeder Volkswirtschaft auf organische Weise mit den Sättigungsprozessen langsam gegen Null bewegen. Anders ausgedrückt: Ein Nullwachstum würde ohne jede wirtschaftliche und soziale Problematik möglich.

Dieses rückkoppelnde Absinken der geldbezogenen Zinsen bei gesättigten Kapital- und Gütermärkten kann heute jedoch immer noch von der Geldseite her durch künstliche Verknappung langfristiger Kreditmittel verhindert werden, zum Beispiel durch »Umparken« der Mittel auf kurzfristige Einlagen, durch verstärkte Bargeldhaltung (siehe Bargeldnachfrage in den letzten Jahren) oder auch durch Umsteigen in Spekulationen.

Die ganze Situation ist also letztlich eine Frage des unzulänglich gesicher-

ten Geldumlaufs mit der Möglichkeit, Geld als Wertaufbewahrungsmittel zu benutzen oder es aus spekulativen Gründen aus dem Kreislauf herauszuziehen.

Genauso wie es zu Störungen im Straßen- und Güterverkehr kommen müsste, wenn jedermann das Recht hätte, Fahrbahnen als Abstellflächen und Waggons als Lagerschuppen zu missbrauchen, so muss es zu Störungen im Geldverkehr führen, wenn man Banknoten statt als Tauschmittel als Spar- und Spekulationsmittel missbraucht und damit andere am Gütertausch hindert. Gelingt es uns nicht, diese mit der Zinshöhe schwankenden Geldzurückhaltungen abzubauen, werden wir nicht nur weiterhin konjunkturellen Wechselbädern ausgesetzt, sondern auch zunehmenden sozialen und ökologischen Problemen.

Versuchen wir die Einkommensrückgänge der Arbeitenden durch Ankurbeln des Wirtschaftswachstums zu verringern, droht uns beschleunigt der ökologische Kollaps. Senken wir mit Rücksicht auf die Umwelt die Zuwachsraten, beschleunigen wir die soziale und gesellschaftliche Krise.

Aus dieser Zwickmühle kommen wir nur heraus, wenn wir den eingangs angeführten Wachstumsregeln auch in unserer Wirtschaft Geltung verschaffen. Das aber ist nur durch einen Abbau des Überwachstums der Geldvermögen zu erreichen, was wiederum entsprechender geldtechnischer Korrekturen bedarf. Wer also eine sich organisch entwickelnde, selbstregulierte ökologische Wirtschaftsordnung will, eine Wirtschaft ohne ständigen Wachstumsdruck und zunehmende soziale Spannungen, kommt um eine Beschäftigung mit unserer Geldordnung nicht herum. Ohne Behandlung der auslösenden Ursachen können die Probleme der Wirtschaft ebenso wenig überwunden werden wie das Waldsterben ohne Beseitigung des Sauren Regens.

*Editorische Notiz: Dieser Artikel erschien in der Zeitschrift »Die neue Wirtschaft« (6/1988: 1–4) und wurde als Broschüre im Eigenverlag nachgedruckt (Nr. 48). Er ist eine überarbeitete Version eines Artikels, der erstmals im »Informationsdienst des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung« (2/1988: 1-2) erschien. Die marginale Paginierung folgt der Zeitschrift.*

Dieser Text von Helmut Creutz ist urheberrechtlich geschützt unter der CC-Lizenz BY-NC-SA 4.0.

